

Einfache Anfrage Gysi-Wil:**«Nationale Studie zeigt – wer in St.Gallen wohnt, hat weniger zum Leben. Massnahmen sind gefordert!»**

Im Mai 2007 sind die Resultate der aktualisierten und erweiterten Studie «Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz», einer Studie der SKOS und Interface Politikstudien der Schweiz, veröffentlicht worden. Die Studie untersucht den Einfluss von Steuern, Krankenversicherungsprämien, Sozialtransfers, Mieten und die familienergänzende Kinderbetreuung auf das freiverfügbare Einkommen von Haushalten mit Einkommen knapp über der Armutsgrenze. Das Ergebnis ist sehr beunruhigend. Armut hängt vom Wohnort ab.

St.Gallen steht ganz schlecht da – insbesondere Alleinerziehende haben eine ganz schwierige Situation in St.Gallen.

Das Beispiel einer Alleinerziehenden mit einem Kind zeigt gesamtschweizerisch verheerende Diskrepanzen auf und St.Gallen liegt auf dem letzten Platz. Bei gleichen Vorgaben (100-Prozent-Anstellung, 100-Prozent-Fremdbetreuung des Kindes) unter Berücksichtigung von Miete, Steuern, Alimentenbevorschussung, Krankenkassenprämien und Kinderbetreuungskosten bleibt der allein erziehenden Person in der Stadt St.Gallen bei einem Bruttoeinkommen von 45'563 Franken lediglich 19'580 Franken als frei verfügbarer Betrag für den Lebensbedarf. Würde die gleiche Person in Sitten, Wallis, leben, so verblieben ihr 37'942 Franken. Betrachtet man bei den Alleinerziehenden die Entwicklung verschiedener Einkommen, so muss man feststellen, dass einer Alleinerziehenden mit einem Kind in St.Gallen unter dem Strich annähernd gleich viel frei verfügbares Einkommen verbleibt, wenn sie zwischen 38'000 Franken und 53'000 Franken verdient. Geradezu krass sind die Veränderungen zwischen 45'000 Franken Bruttoeinkommen und 50'000 Franken, hier reduziert sich das freiverfügbare Einkommen sogar.

Die Aussagen der Studie sind erschreckend. Wer mehr verdient, sollte auch mehr zum Leben haben, ansonsten werden völlig falsche Anreize geschaffen. Und derart grosse Unterschiede darf es gesamtschweizerisch nicht geben. Für Menschen, die an der Armutsgrenze leben, müssen Massnahmen getroffen werden, damit ihnen ein höheres frei verfügbares Einkommen zum Leben bleibt. Als Gründe für die Differenzen formuliert die Studie insbesondere die kantonalen Unterschiede bei der Prämienverbilligung, der Alimentenbevorschussung und der Höhe der Kinderbetreuungskosten, aber die Kinderzulagen spielen einen Faktor.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt die Regierung die Meinung, dass die Studie für St.Gallen eine sehr schlechte Ausgangslage aufzeigt und dass insbesondere Massnahmen für Alleinerziehende angezeigt sind?
2. In welchen Bereichen sieht die Regierung Möglichkeiten, die Rahmenbedingungen für Einkommensschwache und insbesondere für Alleinerziehende zu verbessern?
3. Ist die Regierung bereit die Erkenntnisse dieser Studie in die anstehenden Gesetzesrevisionen, wie etwa Kinderzulagengesetz einfließen zu lassen?
4. Ist die Regierung bereit dem Kantonsrat für die Bereiche Prämienverbilligung, Alimentenbevorschussung, Kinderbetreuungskosten und/oder weiteren Bereichen Vorschläge zur Verbesserung der Situation zu unterbreiten?
5. Wie beurteilt die Regierung Ergänzungsleistungen für Familien als Massnahme gegen diese Unterschiede des frei verfügbaren Einkommens? »

3. Juli 2007

Gysi-Wil